

Sozialpolitik im Vergleich

hof. Vergleichen haftet oft etwas Willkürliches an. Meistens ergibt es genauso viel Sinn, *a* mit *c* statt *a* mit *b* zu vergleichen. Gegenüberstellungen zwingen jedoch dazu, die zu vergleichenden Objekte genau zu analysieren, um ihre Unterschiede und Übereinstimmungen zu erkennen. Aus diesem Grund ist der von Carigiet, Mäder, Opielka und Schulz-Nieswandt herausgegebene Band über die deutsche und die schweizerische Sozialpolitik ein geeignetes Handbuch, um sich mit den beiden Wohlfahrtsregimen vertraut zu machen. Neben einer Einleitung über (theoretische) Möglichkeiten und Grundlagen eines sozialpolitischen Vergleichs der Nachbarländer werden die wichtigen Bereiche des Sozialstaates je aus deutscher und schweizerischer Sicht behandelt. Zur Sprache kommen unter anderem die verschiedenen Systeme der Alterssicherung und der Krankenversicherung, die Familienpolitik und die Sozialhilfe, aber auch die Arbeitsmarkt- und ausserdem die Friedenspolitik. Deutlich wird nach der Lektüre, dass man sozialpolitische Regelungen (bei Gefallen) nicht einfach vom Nachbarn übernehmen kann, hängen diese doch stark mit den verschiedenen Mentalitäten und de-

mokratischen Traditionen zusammen, die sich nicht einfach nach Wunsch implementieren lassen. Als notwendig erachtete Reformen des Sozialstaates müssen also immer aus dem «Eigenen» geschöpft werden. Ein Blick über die Grenzen (oder gar über den Atlantik) kann zwar Ideen, aber keine fixfertigen Lösungen liefern.

Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich. Rotpunkt-Verlag, Zürich 2006. 399 S., Fr. 38.–, € 24.–.

Die Türkei als Teil Europas

Anfänge werfen meist ein bezeichnendes Licht auf das, was später kommt, so auch im Falle der «Europakandidatur» der Türkei, deren Anfänge 1959–1963 Eugen Krieger untersucht. Die damaligen Verhandlungen führten 1964 zum Assoziationsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wunsch türkischerseits war es, als Teil Europas und Vorposten des Westens gewürdigt sowie wirtschaftlich und militärisch unterstützt zu werden. Die EWG-Staaten, allen voran Deutschland, gingen umso eher darauf ein, als die Erfordernisse des Kalten Krieges und der amerikanische Druck dies ge-

Diesen Artikel finden Sie auf NZZGlobal unter: <http://www.nzz.ch/global>

NZZ Online: <http://www.nzz.ch>
Copyright (c) Neue Zürcher Zeitung AG
